



HESSISCHER LANDTAG

04.12.2003

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) in der Fassung der
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 19.11.2003**

Drucksache 16/1168 zu Drucksache 16/834

- Einzelplan 02 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 02 01 Ministerpräsident und Staatskanzlei
 -Minister für Bundes- und
 Europaangelegenheiten-

Zu Titel 425 01 Vergütungen der Angestellten -laufende
 Zahlungen-

Der Ansatz von 4.773.900 EUR wird um
1.181.650 EUR auf 3.592.250 EUR
vermindert.

Begründung:
Reduzierung um 25 Stellen des seit
Amtsantritt Roland Kochs um 37,5 Stellen
alleine im Angestelltenbereich aufgeblähten
Stellenplanes der Staatskanzlei bei einem
Durchschnittsbetrag von .ca. 47.000 EUR.

Wiesbaden, 3. Dezember 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Jürgen Walter